

10/2000

Merkel: Rot-Grün muss sich jetzt auf „gepfefferte Opposition“ einstellen

Das Experiment ist glänzend gelungen. Acht Regionalkonferenzen haben alle Beteiligten überzeugt – nicht zuletzt die Generalsekretärin selber. Sie hat am 20. März ihre Kandidatur für das Amt des Parteivorsitzenden erklärt. „Unglaublich viel Unterstützung und Ermutigung habe ich erfahren.“

Wolfgang Schäuble zweifelt nicht daran: Seine Nachfolgerin wird eine „hervorragende Vorsitzende“ – gerade weil ihre Kandidatur nicht in Hinterzimmern

Einstimmiger Beschluss von Präsidium und Bundesvorstand

ausgeheckt worden ist und die Debatte keinen der ursprünglich auch in Frage kommenden Mitbewerber beschädigt hat. Seine Freude über den gemeinsamen Erfolg ist unverkennbar, als er vor der Berliner Presse verkündet: Präsidium und Vorstand haben einstimmig die Kandidatur der bisherigen Generalsekretärin für das Amt des Parteivorsitzenden begrüßt.

Angela Merkel dankte Wolfgang Schäuble für die außerordentlich gute politische und menschliche Zusammenarbeit und drückte den Wunsch aus, dass er

Fortsetzung auf Seite 2

HEUTE AKTUELL

● Umfrage

Die CDU hat den Tiefpunkt in der Wählergunst offensichtlich überwunden. Seite 3

● Parteifinanzen

Herzog, Kirchhof, Tietmeyer: Empfehlungen für die Neuregelung des CDU-Finanzsystems. Seite 5

● Bundesfachausschuss

Angela Merkel: Eichels Diktat darf nicht über den Verteidigungshaushalt entscheiden. Seite 9

● Frauengerechte Rentenreform

Rita Süßmuth: Frauen, wehrt euch gegen Almosen im Alter. Seite 11

● IT-Spezialisten

Keine überstürzte und konzeptionslose Durchbrechung des Anwerbestopps. Seite 20

● Dokumentation

Anträge des Bundesvorstands an den 13. Parteitag in Essen. Innenteil

● UiD Extra

Daten aus der Geschichte der Volkskammer der DDR. 10. Wahlperiode: 5. April bis 2. Oktober 1990. Innenteil

CDU zeigt Offenheit und Modernität

Zur Entscheidung des CDU-Bundesvorstandes Angela Merkel zur Wahl als Parteivorsitzende vorzuschlagen, erklärte die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Maria Böhmer:

Frau Merkel ist ein exzellenter Vorschlag. Sie ist die überzeugendste Persönlichkeit in der CDU für das Amt der Vorsitzenden und hat in den letzten Monaten bereits unter Beweis gestellt, dass sie die Kraft hat, die Erneuerung der Union anzuführen. Die Regionalkonferenzen haben ihr Rückenwind für ihre zukünftigen Aufgaben gegeben.

Erstmals in der Geschichte der CDU und in der Geschichte der Volksparteien der Bundesrepublik Deutschland wird eine Frau für das höchste Parteiamt nominiert. Nach der Kandidatur von Dagmar Schipanski für das Bundespräsidentenamt zeigt die CDU mit dieser Entscheidung erneut ihre Offenheit und Modernität.

Fortsetzung von Seite 1

ihr und der Partei weiter zur Verfügung stehe. Sie übernehme das Amt in einer schwierigen Zeit, und die Aufgabe, die auf sie warte, komme ihr mitunter wie ein riskantes Kunststück „ohne Netz und doppelten Boden“ vor.

Die CDU sei aber eine „tolle und unglaublich intakte Partei“ – mit vielen Strömungen, tiefen Wurzeln und einer langen Geschichte. Kein Wunder, dass sie und keine andere Partei jetzt ein „Stück deutscher Einheit“ vorgelebt und bewiesen habe, „wie ich es mir vor geraumer Zeit nicht hätte vorstellen können“.

Viel Glück, Angela Merkel!

Zur Bekanntgabe der Kandidatur von Angela Merkel für den Parteivorsitz erklärte die Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Annette Widmann-Mauz:

Auf diese Erklärung haben viele Menschen in unserem Land gewartet. Angela Merkel versteht es wie kaum eine andere, die Erneuerung der Partei voranzutreiben, ohne dabei Altbewährtes zu vergessen. Ihre Kandidatur ist ein Signal in vielerlei Hinsicht: Sie wäre die erste Frau, die an der Spitze einer großen Partei steht. Sie wäre aber auch die erste Vertreterin aus den neuen Bundesländern, die den steinigigen Weg zur Spitze der Partei schaffte.

Sie imponiert mit ihrer Sachlichkeit, ihrer schnörkellosen Sprache und ihrem Mut, auch unbequeme Dinge anzusprechen und anzupacken. Angela Merkel steht für eine neue Kultur der Kommunikation und des Dialogs.

Den Beweis dafür, dass sie auch „gepfeferte Opposition“ sein kann, werde die CDU – so Angela Merkel – zum Leidwesen von Rot-Grün schon sehr bald ebenfalls erbringen.

Aus der Krise eine Chance machen

Gemeinsam mit dem Vorsitzenden der CDU/CDU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz, den CDU-Ministerpräsidenten sowie Männern und Frauen in den Spitzengremien der Partei und in konstruktiver Zusammenarbeit mit der bayerischen Schwesterpartei solle aus der Krise eine Chance gemacht werden.

Die CDU hat den Tiefpunkt in der Wählergunst offensichtlich überwunden

Die CDU hat den Tiefpunkt der Auswirkungen ihrer Finanzaffäre auf die Wählergunst offensichtlich überwunden.

In einer Forsa-Umfrage unter 2 502 Befragten kommt die Partei bei der Sonntagsfrage auf 32 Prozent der Wählerstimmen – drei Prozentpunkte mehr als noch in der Vorwoche.

Wäre am nächsten Sonntag Bundestagswahl, würden sich nach der Um-

frage vom 6. bis 10. März (Fehlertoleranz plus/minus 2,5 Prozentpunkte) für die Hamburger Zeitung „Die Woche“ 42 Prozent der Deutschen für die SPD entscheiden – ein Punkt weniger als in der Vorwoche. Die Grünen bleiben mit sieben Prozent gleich, die FDP verlor einen Prozentpunkt und sank auf ebenfalls sieben Prozent. Auch die PDS liegt seit drei Wochen bei sieben Prozent der Stimmen.

Stimmen zu Merkel

Rita Süssmuth: *Fast wie eine kleine Revolution.*

Peter Hintze: *Angela Merkel ist eine moderne Frau – genau der richtige Typ fürs Internet-Zeitalter.*

Kurt Biedenkopf: *Angela Merkel hat eine ungeheuerliche Feuerprobe bestanden.*

Rudolf Seiters: *Es ist kein Bruch mit der Vergangenheit, sondern der Beginn einer neuen Phase.*

Christian Wulff: *Man hat das Gefühl, dass wir durch das Tal hindurch sind.*

Peter Müller: *Ich glaube nicht, dass das eine Revolution ist, was jetzt geschieht. Es ist die logische Fortsetzung einer Normalisierung.*

Jürgen Rüttgers: *Ich bin ganz sicher, dass die Nominierung von Angela Merkel und ihre Wahl mir in Nordrhein-Westfalen helfen.*

Michael Glos: *Mit Angela Merkel haben wir die Chance, neue Wählerschichten zu gewinnen. Das Rennen bei der nächsten Bundestagswahl ist jetzt wieder offen.*

Hildegard Wester (SPD): *Aus SPD-Sicht bedauern wir, dass gerade in der CDU eine Frau an die Spitze kommt.*

Ina Lenke (FDP): *Eine von einer Frau geführte CDU hat die Nase eindeutig vor der SPD.*

Alice Schwarzer: *Ein historischer Moment für Deutschland.*

Amelie Fried (TV-Moderatorin): *Ich bin sehr begeistert. Diese Kandidatur ist wirklich ein Signal, dass die CDU bereit ist, sich zu erneuern. Außerdem: Angela Merkel ist eine sympathische Frau und eine spannende Politikerin.*

Unsere Elektronischen Adressen:

- **INTERNET:**
<http://www.cdu.de>
- **T-ONLINE:** *CDU#
- **X 400:** c = de; a = dbp;
p = cdu; s = bund
- **E-MAIL:** post@www.cdu.de

KANDIDATUR MERKEL**Einzigartig**

Es war eine Mitgliederbefragung der besonderen Art, Applaus statt Stimmkarte. Das Verfahren war so einzigartig, wie das Ergebnis für die 50 Jahre alte CDU historisch ist. Nach fünf Männern wird diese große Volkspartei, in der von vier Mitgliedern drei Männer sind, erstmals von einer Frau geführt. Das allein ist ein Umbruch und ein Neubeginn, der noch vor Monaten nahezu undenkbar schien.

General-Anzeiger Bonn**Alte SPD**

Schneller, radikaler, umfassender als jede andere Partei absolviert die CDU einen kompletten Generationswechsel. Sie lässt die SPD alt aussehen.

Süddeutsche Zeitung**Volkes Wunsch**

Alle wollten Angela. Die CDU, die sich Volkes Wunsch beugte, kann davon nur profitieren. Schwerlich lässt sich jetzt noch behaupten, dass eine Partei, die solche Begabungen in ihren Reihen hat und die ohne jede Quotenfixierung eine Frau, noch dazu eine aus dem Osten, an ihre Spitze stellt, zur Erneuerung unfähig und innerlich vollkommen verrottet sei.

Frankfurter Allgemeine**Gute Werte**

Eine Woge der Begeisterung ist der spröden Mecklenburgerin bei den Regionalkonferenzen der Basis aus ganz Deutschland entgegen geschlagen. Sogar die skeptischen Bayern sind plötzlich zu Merkel-Fans mutiert. Nach einer Umfrage liegt sie in der Beliebtheit der Politiker bereits an zweiter Stelle. Und seit langem hatte kein Oppositions-Kandidat so gute Werte im direkten Vergleich zu Kanzler Gerhard Schröder.

Sächsische Zeitung**Dringend nötig**

Die Volkspartei kommt aus dem Dunkel autistischer Schattenspiele heraus, um wieder die große integrierende Kraft des bürgerlichen Lagers zu werden und zur Sachpolitik zurückzu-

finden. Dort wird sie dringend gebraucht. Die selbstreferenzielle Destruktion der Grünen und die Schaumschlägerpolitik des Bundeskanzlers zeigen täglich, wie nötig das ist. **Die Welt**

Chance

Die Christdemokraten können sich nun wieder der Oppositionsarbeit zuwenden und die notwendige Erneuerung der Partei in Angriff nehmen. Merkel hat die Möglichkeit, aus dem Kanzlerwahlverein eine Partei zu machen, in der innerparteiliche Mitbestimmung und Transparenz umgesetzt werden. Die von ihr eingeführten Regionalkonferenzen, bei denen in den vergangenen Wochen Parteimitglieder ihre Meinung kundtun konnten, sind ein Schritt in die richtige Richtung. **Der Standard, Wien**

Dagmar Schipanski: Den Wandel aktiv gestalten

Globalisierung bedeutet für uns nicht in erster Linie eine Gefahr, sondern die Chance, den Wandel aktiv zu gestalten. Sie bietet die Möglichkeit, die unterschiedlichen Mentalitäten und Fähigkeiten miteinander im friedlichen Wettbewerb zu verknüpfen.

Konservativ sein heißt nicht, den Wandel so lange zu ignorieren oder ihm mit alten Lösungen zu begegnen, bis er politisch nicht mehr zu gestalten ist.

Dagmar Schipanski, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst in Thüringen, ist vergangene Woche Mitglied der CDU geworden.

Prof. Dr. Roman Herzog, Bundespräsident a. D.

Prof. Dr. Paul Kirchhof, Bundesverfassungsrichter a. D.

Prof. Dr. Hans Tietmeyer, Bundesbankpräsident a. D.

Empfehlungen für die Neuregelung des CDU-Finanzsystems

Die Finanzausstattung der Parteien stützt sich gegenwärtig auf drei Quellen: Mitgliedsbeiträge, Spenden und Zuwendungen des Staates (Steuergelder). Da die Parteien vom Staat unabhängig und in der Bürgerschaft verwurzelt sein sollen, finanzieren sie sich grundsätzlich aus Mitgliedsbeiträgen und einer Vielzahl von Kleinspenden. Nachdem diese Finanzquellen aber nicht ausreichen, sieht das Gesetz eine weitere Finanzierung aus staatlichen Haushaltsmitteln und auch aus Großspenden vor.

Eine Staatsfinanzierung der Parteien hat dem Bedenken zu begegnen, dass die Parteien vom Staat abhängig werden, die Ausrichtung der Partei auf die Bedürfnisse des Bürgers geschwächt und das Recht der Bürger auf politische Teilhabe nicht hinreichend wahrgenommen werden könnte. Der Staatsfinanzierung der Parteien sind deshalb klare verfassungsrechtliche Grenzen gesetzt.

Großspenden können den Eindruck begründen, Mandats- und Amtsträger in ihren Entscheidungen durch Spenden beeinflussen zu wollen. Dem sucht die Verfassung durch das Transparenzgebot vorzubeugen, das zur öffentlichen Rechenschaft über Herkunft und Verwendung der Partei zustehenden Mittel verpflichtet und damit die ständige Kontrolle und Kritik der Öffentlichkeit sicherstellen soll.

Bei der Beurteilung der Finanzausstattung der Parteien ist zu beachten, dass die Mit-

wirkung der Parteien bei der politischen Willensbildung vor allem über Mandatsträger und ehrenamtliche Mitarbeiter erfolgt. Überdies müssen auch für die Parteien und ihre Arbeitsorganisationen die Grundsätze der wirtschaftlichen Effizienz und der Sparsamkeit gelten.

A. Grundsätze

Unter Zugrundelegung dieser Prinzipien empfehlen wir der CDU (Bundespartei) eine Reihe von Änderungen ihrer bisherigen Finanzpraxis, die über die gesetzlichen Erfordernisse wesentlich hinausgehen.

- In Zukunft soll die Entgegennahme von Spenden durch Amts- und Mandatsträger untersagt, das Spendenwesen ausschließlich auf inländischen Dauerkonten unter dem Regime eines strikten Kontrollsystems abgewickelt und langfristig nachweisbar werden.
- Barspenden sollen nur noch in engen Grenzen zulässig, Spenden öffentlicher Unternehmen unzulässig sein.
- Es soll ein hauptamtlicher weisungsunabhängiger Finanzbeauftragter bestellt werden, der für die Rechts- und Ordnungsmäßigkeit der Parteifinanzen verantwortlich ist. Ihm wird eine weisungsunabhängige Kontrollstelle (Controlling) zugeordnet.
- Die Finanzverwaltung und Finanzkontrolle der Partei ist neu zu ordnen. Bankkonten werden nur auf den Namen der

Matthias Wissmann:

Die CDU wird ein modernes Finanzmanagement aufbauen

Zu den Vorschlägen von Bundespräsident a.D. Professor Dr. Roman Herzog, des früheren Bundesverfassungsrichters Professor Dr. Paul Kirchhof und des ehemaligen Bundesbankpräsidenten Professor Dr. Hans Tietmeyer zur Änderung des Finanzsystems der CDU erklärte Bundesschatzmeister Matthias Wissmann:

Die CDU Deutschlands dankt der Kommission für ihr Engagement und die zukunftsweisenden Vorschläge.

Diese sind eine hervorragende Basis für die neue Finanzstruktur der CDU. Sie liegen auf der Linie dessen, was ich angeregt habe. Damit wird es der CDU zukünftig möglich sein, ein professionelles und modernes Finanzmanagement aufzubauen und Fehler, wie sie in der Vergangenheit passiert sind, vermeiden zu helfen.

Die Zusammenführung von Einnahmen und Ausgaben in eine Hand, die Einsetzung eines hauptamtlichen Finanzbeauftragten und die Berufung einer Kommission des Bundesvorstandes der CDU zur Haushaltsgestaltung und -überwachung gewährleisten eine größere Transparenz der Parteifinancen. Controlling, Revision und Rechnungslegung durch einen hauptamtlichen Finanzbeauftragten sind dabei besonders wichtig.

Durch diese neuen Strukturen besteht für die CDU nun die Chance, moderne Methoden aus der Wirtschaft in die Partei einzuführen. Dies wird zügig realisiert werden.

Die CDU wird sich fundiert mit den Vorschlägen der Kommission zur Änderung des Parteiengesetzes beschäftigen. Nach intensiven Beratungen wird auch die Union Entscheidungen treffen.

CDU, nur als Dauerkonten, nur im Inland und nur unter gemeinsamer Verantwortung von Vorsitzendem, Generalsekretär und Finanzbeauftragtem geführt.

- Die Partei soll ihren Haushalt künftig vor Beginn des Haushaltsjahres verabschieden. Für ihn gilt das strikte Vollständigkeitsprinzip für Einnahmen und Ausgaben.
- Darüber hinaus werden einige Anregungen für mögliche gesetzliche Änderungen im Zusammenhang mit der Parteienfinanzierung gegeben, die für alle Parteien gelten würden.

B. Selbstbindung der CDU

Die folgenden Empfehlungen richten sich nur an die Bundespartei. Es wird jedoch zu prüfen sein, ob sich aus ihnen nicht auch Konsequenzen für untergeordnete Gliederungen ergeben. So verlangt die Verantwortung, die die Bundespartei für die Richtigkeit der jährlichen Rechenschaftsberichte zu übernehmen hat, die Einführung eines einheitlichen buchhalterischen Systems auf allen Ebenen und zudem die Regelung der Haftung der einzelnen Gliederungen für unrichtige Angaben. Überdies muss auch die Kontrollbefugnis

des Finanzbeauftragten (vgl. 11.5.) auf die Landesparteien erstreckt werden.

I. Spenden

- Die Entgegennahme von Bargeldspenden, die den Betrag von 3.000 DM übersteigen, ist unzulässig.
- Spenden von Einrichtungen der öffentlichen Hand oder von Unternehmen, die überwiegend im Eigentum der öffentlichen Hand stehen, werden nicht entgegengenommen.
- Wer ein öffentliches Amt oder ein Mandat innehat, darf keine Spenden entgegennehmen. Spenden dürfen nur von der Partei vereinnahmt werden.
- Spenden dürfen grundsätzlich nur über Bankkonten abgewickelt werden. Bargeldkassen über einen Bestand von 20.000 DM hinaus sind unzulässig.
- Über jede Spende ist eine Spendenbescheinigung auszustellen, auch wenn der Spender darauf verzichtet. Aus der Bescheinigung müssen der Name des Spenders und die Höhe der Spende ersichtlich sein. Die Bescheinigung darf nur vom Finanzbeauftragten (vgl. 11.5) oder in seinem Namen ausgestellt werden. Die Bescheinigungen sind fortlaufend zu nummerieren.
- Bargeld, Schecks, Überweisungsträger und ähnliche Wertpapiere, die für die Bundespartei bestimmt sind, sind unverzüglich dem Finanzbeauftragten zuzuleiten.
- Sonstige finanzielle Zuwendungen an die Partei, insbesondere Vermächnisse, unterliegen den gleichen Anforderungen wie Spenden. Für Mitgliedsbeiträge gelten die bisherigen Regeln.

II: Neuordnung von Finanzverwaltung und Finanzkontrolle

- Bankkonten dürfen nur auf den Namen der CDU lauten. Die Partei unterhält nur Dauerkonten, unterstellt sich unmittelbar

der gemeinsamen Verantwortung von Bundesvorsitzendem, Generalsekretär und Finanzbeauftragtem und weist sie öffentlich aus

- Bisherige Konten dürfen nur mit schriftlicher Zustimmung von Vorsitzendem, Generalsekretär und Finanzbeauftragtem beibehalten, neue Konten nur bei entsprechender schriftlicher Zustimmung eingerichtet werden.
- Auslandskonten sind unzulässig.
- Der Bundesvorstand richtet eine weisungsunabhängige Kontrollstelle (Controlling) ein, die als Kontrollkommission vergleichbare Funktionen wahrnimmt wie bei staatlichen Behörden die Vorprüfstelle.
- Der Bundesvorstand bestellt einen Finanzbeauftragten, der für die Rechts- und Ordnungsmäßigkeit der Parteifinanzen verantwortlich ist. Diese Verantwortung umfasst insbesondere die Entgegennahme und Bescheinigung von Spenden, die begleitende Haushaltskontrolle sowie die Leitung des Controlling. Finanzbeauftragter kann nur sein, wer über Qualifikation und solide Erfahrung in der Finanzwirtschaft verfügt und nicht Träger eines öffentlichen Amtes oder in leitender Position der öffentlichen Verwaltung tätig ist. Der Finanzbeauftragte ist weisungsunabhängig, hauptamtlich tätig und gehört nicht dem Bundesvorstand an.
- Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Controlling und der Bundesgeschäftsstelle werden vom Generalsekretär und Finanzbeauftragten gemeinsam entschieden.
- Bundesvorsitzender, Generalsekretär und Finanzbeauftragter haben das Recht, jederzeit Einsicht in Konten und Buchführung zu nehmen.

III. Haushalt

- Der Haushalt der Bundespartei wird abweichend von der bisherigen Praxis von

Jürgen Rüttgers sieht seine Position bestätigt

In der Auseinandersetzung um die Anwerbung ausländischer Computerspezialisten hat der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende Jürgen Rüttgers seinen Spruch „Kinder statt Inder“ gegen Kritik verteidigt.

Der Vorstoß von Bundeskanzler Gerhard Schröder, kurzfristig bis zu 20.000 IT-Experten ins Land zu holen, sei „unvorbereitet“ und „unausgegoren“, meinte Rüttgers.

„Ich habe da überhaupt nichts zurückzunehmen“, sagte er. Wenn man in die

Essener Erklärung schaue, die auf dem CDU-Parteitag im April verabschiedet werden soll, „dann werden Sie meine Position da bestätigt sehen“. Auch die designierte CDU-Vorsitzende Angela Merkel unterstütze diese Auffassung.

Es gehe darum, dass die vorhandenen Kinder ausgebildet, dass neue Berufe geschaffen werden. „Da sind zur Zeit mehr als 14.000 in Ausbildung, da gibt es 30.000 junge Leute, die sind arbeitslos im Computerbereich, die auf die Stellen vermittelt werden können.“

einem fünfköpfigen Ausschuss des Bundesvorstandes (Haushaltsausschuss) ausgearbeitet und dem Vorstand vorgelegt. Der Haushalt wird vor Beginn des Haushaltsjahres vom Bundesvorstand beschlossen und veröffentlicht.

● Der Haushaltsplan enthält alle im Haushaltsjahr zu erwartenden Einnahmen und voraussichtlich zu leistenden Ausgaben. Über- und außerplanmäßige Ausgaben bedürfen der Zustimmung des Haushaltsausschusses.

● Der Finanzbeauftragte prüft das Finanzgebahren der Partei begleitend und legt jeweils kurzfristig nach Abschluss des Haushaltsjahres einen Prüfbericht zur Entlastung des Vorstandes vor. Die Ergebnisse der Haushaltsprüfung werden veröffentlicht.

C. Gesetzesänderungen

Unsere Empfehlungen richten sich an die Bundespartei der CDU, betreffen also im Kern Selbstbindungen, die von der CDU eigenverantwortlich beschlossen werden können. Der Reformbedarf greift aber über diese Selbstbindung hinaus, weil gebotene

Reformen Gesetzesänderungen veranlassen, im Übrigen die Ausgestaltung der Gleichheit unter den Parteien und der Mitwirkung des Bürgers an der politischen Willensbildung dem Gesetz vorbehalten ist.

Ungeachtet der Verallgemeinerungsfähigkeit unserer Vorschläge zu B. erscheinen uns folgende gesetzlichen Regelungen erwähnenswert:

● Ob Spenden oder sonstige Zuwendungen von Unternehmen, Gewerkschaften und Verbänden für unzulässig erklärt werden sollten. Dabei wäre auch zu prüfen, inwieweit Dienst- und Sachleistungen den Spenden gleichzustellen sind.

● Ob Direktspenden an einen Mandatsträger wie Spenden an seine Partei zu verwalten und zu veröffentlichen sind.

● Außerdem wäre zu prüfen, wie die Organisation und das Finanzwesen der Parteien wirtschaftlich gestaltet werden kann. Weitere, über das Finanzwesen hinausgreifende Erwägungen (Unabhängigkeit der Mandatsträger, Ämtervergabe) sind notwendig.

Generalsekretärin Angela Merkel:

Eichels Diktat darf nicht über den Verteidigungshaushalt entscheiden

Die CDU will die Bundeswehr moderat verkleinern, den Wehrdienst flexibler und attraktiver gestalten und den Verteidigungshaushalt mindestens auf die Berechnungsgrundlage der Mittelfristigen Finanzplanung 1998-2003 anheben.

Das geht aus dem Positionspapier „Die Zukunft der Bundeswehr“ des Bundesfachausschusses Außen- und Sicherheitspolitik hervor, das Generalsekretärin Merkel am 21. März in Berlin zusammen mit dem Vorsitzenden des Bundesfachausschusses, Friedbert Pflüger, dem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Bundeswehr des Bundesfachausschusses, Ruprecht Polenz, und dem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Verteidigung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Breuer, der Presse vorstellte.

Die Kernaufgabe der Bundeswehr bleibe die Landesverteidigung, die jedoch nach der NATO-Osterweiterung als Bündnisverteidigung zu verstehen sei. Die Bundeswehr müsse daher die Fähigkeit zur Distanzverteidigung besitzen. Zu den neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen gehören u.a. Krisen außerhalb des Bündnisgebietes, die zunehmende Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und zielgenauer Trägersysteme, Bedrohungen der für unsere moderne Gesellschaft überlebenswichtigen Informations- und Kommunikationssysteme sowie kriminelle oder terroristische Bedrohungen mit chemischen, biologischen oder nuklearen Substanzen.

Um diesen Herausforderungen gerecht werden zu können, muss die Bundeswehr im Bündnis ihre strategische Mobilität und Flexibilität erhöhen, indem der bestehende

Investitions- und Modernisierungstau abgebaut und die gegenüber den USA bestehenden Technologielücke verringert wird. Unter der Bedingung knapper finanzieller Mittel müssen Spielräume für Neubeschaffungen und Entwicklungen durch Umschichtungen innerhalb des Verteidigungshaushaltes zugunsten investiver Ausgaben geschaffen werden. Ein weiterer, moderater Personalabbau ist daher unvermeidlich.

Wehrpflicht beibehalten

Die CDU spricht sich für die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht aus, da die aufgrund der sicherheitspolitischen Analyse notwendige Aufwuchsfähigkeit nur durch sie gesichert werden kann. Die allgemeine Wehrpflicht sollte jedoch flexibler und attraktiver ausgestaltet werden. Die CDU fordert daher u.a. die Verkürzung der Wehrdienstdauer, die bessere Berücksichtigung zivilberuflicher Qualifikationen der Wehrpflichtigen und die Betrauung besonders qualifizierter Wehrdienstleistender mit Spezialaufgaben.

Generalsekretärin Merkel hat schließlich vor einem Diktat der Finanzen bei Entscheidungen über die Bundeswehr gewarnt. Die politischen Entscheidungen in Deutschland dürften nicht durch die Hintertür des Finanzministers gefällt werden. Merkel unterstrich, dass Verteidigungspolitik deutsche Interessenpolitik sei, die derzeit durch die Etatplanung der Bundeswehr gefährdet werde. Insbesondere die materielle Ausstattung der Bundeswehr werde in keiner Weise den neuen außenpolitischen Anforderungen der Bundesrepublik gerecht.

Die Bundeswehr ist in ein tiefes Loch der Verunsicherung gefallen

Zum Jahresbericht 1999 der Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, Claire Marienfeld, erklärten der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Breuer, und der Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für den Arbeitsbereich der Wehrbeauftragten, Werner Siemann:

Der Bericht der Wehrbeauftragten für 1999 ist ein Armutszeugnis für Scharping. Seine Politik ist gescheitert. Statt der versprochenen Perspektiven herrscht in der Bundeswehr Mangelwirtschaft, Zukunftsangst und Perspektivlosigkeit. Der Bericht bilanziert ein Jahr rot-grüner (Un-)Sicherheitspolitik und übertrifft die Befürchtungen bei weitem. Den Zeitverlust für die notwendigen Entscheidungen über die Bundeswehr hat Scharping auch dadurch verursacht, indem er parallel zu den Planungsvorlagen des Generalinspektors der Bundeswehr die Wehrstrukturkommission eingesetzt hat.

Trotz der hervorragenden Bewährung der deutschen Soldaten auf dem Balkan gibt es über die Auslandseinsätze nach der Verlängerung der Kontingentdauer von 4 auf 6 Monate große Sorgen bei den Familien und Angehörigen. Die Wehrbeauftragte beklagt die negativen Auswirkungen der langen Abwesenheitsdauer der Soldaten auf ihre Familien und ihr soziales Umfeld.

Weit über das bereits in den letzten Jahresberichten beklagte Maß der mangelhaften Material- und Ersatzteillage bei der Truppe hinaus geht die Wehrbeauftragte jetzt auf diesen Bereich ein. Nach ihren Feststellungen haben sich diese bei Heer, Luftwaffe und Marine weiter verschlechtert. Dadurch würde die Ausbildung behindert

und Führungskräfte seien zeitlich über Gebühr gebunden, weil sie sich um die Beschaffung von Material und Gerät kümmern müssten. Wertungen wie „katastrophal“ und „mangelhaft“ sind Alarmzeichen für einen Zustand, der sich direkt in Motivationsverlust und Resignation bei den Soldaten umsetzt.

Diese negative Grundhaltung wird verstärkt durch die andauernde Diskussion über die Zukunft von Standorten sowie die persönliche Perspektive der Soldaten. Dazu bemängelt die Wehrbeauftragte, dass die Soldaten durch die Einnahme der aktuellen Strukturen ohnedies belastet seien und sie und ihre Familien jetzt eine Zeit der Konsolidierung verdient hätten.

Ängste und Motivationsverlust in der Truppe haben aber auch direkte Auswirkungen auf die Nachwuchslage. Die Wehrbeauftragte stellt in ihrem Bericht heraus, dass statt der gesuchten 15.054 Soldaten auf Zeit tatsächlich nur 12.250 im 1999 hätten eingestellt werden können. Dieses dramatische Minus von fast 20% spricht für sich. Vor allem das deutliche Fehlen bei den Unteroffizieren muss langfristig bei der Personallage zu größter Besorgnis Anlass geben.

So hoch wie die Versprechungen Scharpings waren, so tief ist die Bundeswehr jetzt in das Loch der Unsicherheit gefallen. Nichts wurde verbessert, nirgendwo konnte sich Scharping mit seinen Forderungen durchsetzen, vor allem nicht bei den Finanzen. Die von der Wehrbeauftragten geschilderten Mängel und Missstände zeigen, dass dadurch die innere Lage der Bundeswehr so problematisch wie noch nie geworden ist.

Rita Süßmuth:

Frauen, wehrt euch gegen Almosen im Alter

Der Weltfrauentag stand unter dem Motto: „Frauengerechte Rentenreform“. Die Frauen-Union greift dieses Motto auf und stellt in den folgenden neun Punkten ihre Auffassung dazu zur Debatte:

1. Die Rentenreform ist in aller Munde. Das gilt nicht für die eigenständige soziale Sicherung der Frau. Die Hinterbliebenenreform ist ein typisches Beispiel für den Abbau von Versorgungsleistungen, die vorwiegend Frauen treffen. Wir Frauen sperren uns nicht gegen eine Neuregelung der Hinterbliebenenversorgung. Aber wir akzeptieren keine Verschlechterungen, sondern wollen Verbesserungen, d.h. eigenständige und nicht abgeleitete Versorgungsansprüche.

2. Wie der Deutsche Frauenrat teilt die Frauen-Union der CDU die Auffassung von der Notwendigkeit eines sozialen Sicherungsnetzes. Zur Grundversorgung innerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung mit ihrer Umlagefinanzierung gibt es keine Alternative.

3. Eine bedürfnisorientierte Grundversorgung ist eine andere Art der Sozialhilfe. Sie löst die Probleme der Frauen mit niedrigem Einkommen, geringfügiger Beschäftigung ohne Sozialversicherung wie lange Phasen unterbrochener Rentenbiographie wegen Zeiten der Kindererziehung nicht. Der Ausgleich muss im Rentensystem erfolgen.

4. Einsparungen bei der Hinterbliebenenreform zu Lasten der Frauen sind nicht

akzeptabel und fordern den massiven Widerspruch der Frauen heraus. Die Neuordnung der Hinterbliebenenreform muss verknüpft werden mit einer verbesserten eigenständigen Alterssicherung der Frauen.

5. Die Hinterbliebenenreform muss den veränderten Lebensplanungen der Frauen wie auch den veränderten Familienstrukturen Rechnung tragen. An die Stelle des vom Ehepartner abgeleiteten Anspruchs muss ein eigenständiger Anspruch treten. Frauen leisten mit der Kindererziehung einen gleichzeitigen Beitrag zum Generationenvertrag. Deshalb sind Kindererziehungszeiten den Pflichtbeitragszeiten gleichzustellen.

6. 84% aller Witwen ab 65 in den alten und 98% in den neuen Ländern beziehen eine abgeleitete Renten. Kinderlose alleinstehende Frauen erhalten im Schnitt eine Rente von 2.397 DM, eine Ehefrau mit 3 Kindern eine Rente von 799 DM. Renten von Frauen sind umso niedriger, je mehr Kinder sie haben. Damit erweist sich Kindererziehung als ein entscheidender rentennachteiliger Faktor. Rente stellt nur für diejenigen eine ausreichende Existenzsicherung dar, die kontinuierlich vollzeiterwerbstätig waren und mindestens ein Durchschnittsgehalt erhalten haben. Nach Vorausberechnungen werden in 25 Jahren Frauenrenten wegen der Familientätigkeit nur etwa halb so hoch wie die der Männer sein trotz zunehmender Frauenerwerbstätigkeit und kürzerer Unterbrechung.

Heute haben noch immer 75% (West) und 43% (Ost) der Frauen unter 1000 DM

Rente. Das trifft nur auf 13% der Männer ab 65 Jahren zu. Geschiedene Frauen sind dabei stärker von diesen Niedrigrenten betroffen als ledige.

Auch im Rentenalter vertiefen sich die Unterschiede zwischen

- ▶ Alleinerziehenden
- ▶ verheirateten Mütter und
- ▶ einer steigenden Zahl qualifizierter, vollzeitbeschäftigter lediger und kinderloser Frauen.

7. Zuschüsse zum Aufbau einer privaten Altersversorgung sollten eine Familienkomponente enthalten, die sich nicht nur an der Höhe des Einkommens orientiert, sondern auch an der Kinderzahl. Diese Zuschüsse sollen der Zuordnung der Kindererziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung folgen.

8. Die Frauen-Union begrüßt alle Maßnahmen zum Ausgleich der erziehungsbedingten Beitragsausfälle bei Reduktion oder Unterbrechung der Erwerbsarbeit in den ersten 10 Lebensjahren eines Kindes.

9. Da bereits heute aus jedem männlichen Beitrag in die Rentenkasse Frauenrenten gezahlt werden, ist der Teilungsgrundsatz 50 : 50 einzuführen. Die Frauen-Union wendet sich gegen unausgereifte Partnerschaftsmodelle. Der Splittingansatz nach dem Partnerschaftsmodell ist im Ansatz zu unterstützen. Die Kritik bezieht sich auf drei zentrale Punkte:

- Die eigenen Rentenanwartschaften der Frauen werden nicht verbessert. Auch der nicht anzurechnende Anspruch aus eigener Rente wird nicht dynamisiert, sondern auf 1.275 DM festgeschrieben.
- Die vor dem Rentenfall möglicherweise eintretende Erwerbsunfähigkeit wird nicht berücksichtigt.
- Kindererziehungszeiten werden zur Erhöhung des Rentenanspruchs nicht einbezogen.

Personalien

Peter Götz ist als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik und damit als Kommunalpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in seinem Amt bestätigt worden. Der Kommunalexperte und Bürgermeister a.D. ist gleichzeitig Bundesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU und Präsident der Europäischen Sektion der Global Parliamentarians on Habitat im UN-System.

Als stellvertretende Vorsitzende wurden für die CDU die Abgeordneten **Günter Baumann** (Sachsen), **Werner Lensing** (Nordrhein-Westfalen) und **Gert Willner** (Schleswig-Holstein) gewählt. Für die CSU-Landesgruppe wird weiterhin **Albert Deß** stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik sein. Die bisherige stellv. Vorsitzende **Margarete Späte** (Sachsen-Anhalt) stellte sich nicht zur Wiederwahl.

Die Frauen-Union fordert daher, daß die jetzt anstehende Rentenreform das ohnehin niedrige Rentenniveau von Frauen nicht weiter absenken darf.

Die gemeinsame Entschließung aus Bundestag und Bundesrat vom 21.5.1991 muss ernsthaft umgesetzt werden, um die sozialversicherungsrechtliche Benachteiligung der Frauen nachhaltig abzubauen.

Durchsetzen können wir unsere Forderungen nur gemeinsam, im engen Schulterschluss der Frauenverbände. Die Rentenreform braucht eine breite Koalition der Frauen in den Parteien. Sonst bleiben unsere Forderungen ohne Durchsetzungskraft.

Erziehungsurlaub

Auf CDU-Kurs eingeschwenkt

Die rot-grüne Bundesregierung ist nach Ansicht von Marlies Mosiek-Urbahn, Vorsitzende des Bundesfachausschusses „Familien- und Jugendpolitik“, beim Erziehungsurlaub und Erziehungsgeld auf den Kurs der Christdemokraten eingeschwenkt, dabei aber auf halber Wegstrecke stehen geblieben.

„Der Löwenanteil der Vorschläge zur Neuregelung, die Bundesfamilienministerin Bergmann nun macht, ist aus dem familienpolitischen Programm der CDU ‚Lust auf Familie, Lust auf Verantwortung‘ übernommen“, erklärte Marlies Mosiek-Urbahn. Es sei erfreulich, dass sich die CDU-Positionen jetzt auch bei SPD und Grünen durchsetzen. Gleichzeitig zeige die Bundesfamilienministerin mit ihrem „Kopieren großer Teile des Oppositionskonzepts“ aber wenig Kreativität.

Unverständlich, inkonsequent und sogleich bedauerlich sei, dass die verantwortliche Bundesministerin das Konzept in einem ganz wichtigen Punkt nicht übernommen habe. „Die wirklich neuen Ansätze, um verstärkt Väter für die Familienarbeit zu gewinnen, sind nicht aufgegriffen worden“, bedauerte Marlies Mosiek-Urbahn. Dies lasse die von der Bundesministerin gestartete Kampagne „Mann und Familie“ unglaubwürdig werden. „Schöne Worte und Plakate allein werden nichts verändern. Wir brauchen konkrete Maßnahmen“.

Deshalb trete die CDU dafür ein, dass der Erziehungsurlaub um ein Partnerhalbjahr verlängert werde, wenn sich beide Eltern die Familienzeit teilen. Hiermit solle ein Anreiz gegeben werden, damit sich mehr Männer für den Erziehungsurlaub entscheiden und der niedrige Väteranteil von bundesweit 1,5 Prozent erhöht werde. Die-

ser Vorschlag oder eine Anreiz-Alternative fehle im Referentenentwurf des Bundesfamilienministeriums, ebenso die Verankerung des Anspruchs auf Teilzeitarbeit ohne eine Beschränkung der Stundenzahl. Bergmann habe die zulässige wöchentliche Arbeitszeit für eine Tätigkeit während des Erziehungsurlaubs nur von 19 auf 30 Stunden aufgestockt.

Den Kern des CDU-Konzepts – die Fortentwicklung des Erziehungsurlaubs zu einem Zeitkonto, das Mütter und Väter künftig gemeinsam in den ersten acht Lebensjahren ihres Kindes in Anspruch neh-

Gute CDU-Ansätze setzen sich im Regierungshandeln auf Bundesebene durch, aber der Mut zu konsequenter Weiterentwicklung fehlt.

men können – habe Bergmann übernommen. Mit der Anhebung der Einkommensgrenzen werde der CDU-Forderung nach einer verbesserten finanziellen Ausstattung der Familien Rechnung getragen. „

Der weitergehende, logisch konsequente Schritt einer regelmäßigen Dynamisierung der Leistungen, den die CDU fordert, lässt die SPD-Bundesministerin jedoch unter den Tisch fallen“, kritisierte Marlies Mosiek-Urbahn. Sie monierte, dass Bergmann offensichtlich eine kritische Überprüfung der Begrifflichkeit nicht vorgenommen habe. „Der Begriff ‚Erziehungsurlaub‘ ist völlig missverständlich. Es ist höchste Zeit, dass er verschwindet und durch ‚Familienzeit‘ ersetzt wird. Dies muss bei der bevorstehenden Gesetzesänderung unbedingt umgesetzt werden.“

Die neue CDU im Westen stellt die Weichen auf Sieg

Acht Wochen vor der Landtagswahl hat der CDU-Landesvorsitzende, Jürgen Rüttgers, die CDU an Rhein und Ruhr zu einem entschlossenen Kampf für den Machtwechsel in Nordrhein-Westfalen aufgerufen. „Mit dem heutigen Parteitag ist die Zeit der Selbstbeschäftigung vorbei. Der Neuanfang beginnt bei uns im Westen. Wir wollen gewinnen, und wir werden gewinnen. Wir sprengen am 14. Mai das eiserne Dreieck von SPD, Filz und WestLB“, rief der CDU-Spitzenkandidat den 672 Delegierten in seiner kämpferischen und viel umjubelten Rede zu.

Nach Umfragen wollten knapp 50 Prozent der Nordrhein-Westfalen einen Regierungswechsel. „Die Menschen wissen, dass die SPD nach 34 Jahren roter Vetternwirtschaft ablösungsfähig ist. Zieht Euch warm an“, warnte Jürgen Rüttgers Clement und Schröder. „Die Zeit, in der Ihr Eure Fehler im Windschatten der Spendenaffäre machen konntet, ist vorbei.“ Die SPD-Kampagne „Manche Dinge müssen rot bleiben“ konterte der CDU-Spitzenkandidat mit den Worten: „Manche bei der SPD müssen erst einmal rot werden, denn Schleußer fliegt – ohne rot zu werden; Müntefering lügt – ohne rot zu werden; Hombach manipuliert – ohne rot zu werden; Neuber schmiert – ohne rot zu werden; Clement spekuliert – ohne rot zu werden, und das gibt dann roten Filz und rote Vetternwirtschaft.“

Kritik übte der CDU-Landesvorsitzende auch an der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der SPD. „Clement und die SPD verstehen nichts von Wirtschaft.“

Clement habe die Halbierung der Arbeitslosigkeit versprochen. Wenn der Rückgang der Zahlen im derzeitigen Tempo weitergehe, „erreicht er die Halbierung in 47 Jahren“. In Zeiten, in denen in Nordrhein-Westfalen viele tausend Stellen verloren gingen, spielten sich Clement und Kanzler Schröder als „Genosse der Bosse“ auf. Die kleinen Leute drohten dabei „unter die Räder zu kommen“. Die Schulen seien auf die Herausforderung der Wissensgesellschaft nicht vorbereitet, so der CDU-Spitzenkandidat. Die Polizei sei schlecht ausgerüstet. „Die Autofahrer werden immer stärker zur Kasse gebeten und

19. Landesparteitag in Köln: Wir wollen gewinnen, und wir werden gewinnen.

stehen immer länger in Staus, während die Mitglieder der Landesregierung mit Hubschraubern und Jets durch die Gegend fliegen“, kritisierte Jürgen Rüttgers. Dem 30-jährigen Versagen der SPD setze die CDU ein klares Programm entgegen. „Unsere politischen Antworten heißen: konsequente Förderung von kleinen und mittleren Betrieben, Ausbau der Infrastruktur, schnellere Genehmigungsverfahren, die Schulen in Ordnung bringen, für mehr Sicherheit sorgen und die Verfolgung der Autofahrer beenden.“

Mit großem Beifall unterstützten die CDU-Parteitag delegierten die Ankündigung von Jürgen Rüttgers, dass die CDU Nordrhein-Westfalen auf dem Bundesparteitag Angela Merkel als neue Bundesvorsitzen-

de vorschlage. „Angela Merkel verkörpert den Neuanfang der CDU. Sie wird für die notwendige Integration sorgen, und mit ihr werden wir schnell wieder Wahlerfolge haben,“ sagte Jürgen Rüttgers.

Der neue Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz sagte der nordrhein-westfälischen CDU nicht nur die Unterstützung aller nordrhein-westfälischen Bundestagsabgeordneten, sondern der ganzen CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu. Friedrich Merz erklärte die Landtagswahl zum ersten großen bundespolitischen Test nach dem „Neuanfang der CDU“.

„Die CDU steht auf einem sicheren und guten politischen Fundament. 2000 werden wir wieder Wahlen gewinnen. Wir machen wieder Politik auf gleicher Augenhöhe mit der Regierung.“ Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion kündigte eine harte und sachliche Auseinandersetzung mit der Bundesregierung in Fragen wie der Reform der sozialen Sicherungssysteme oder der EU-Erweiterung an. Kämpferisch fügte er hinzu: „Die Union wendet sich jetzt wieder der Sachpolitik zu.“

Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Laurenz Meyer, griff in seinem Redebeitrag die NRW-SPD hart an. „Clement ist eine wandelnde Sprechblase, Müntefering gießt Kübel von Dreck über die CDU, ohne die SPD-Flugaffäre zu kritisieren. Längst



Jürgen Rüttgers:
Wir sprengen am 14. Mai das eiserne Dreieck von SPD, Filz und WestLB.

kann die NRW-SPD nicht mehr auseinanderhalten, was privat, Staat oder Partei ist.“

Der Landesparteitag verabschiedete einstimmig das Zukunftsprogramm der nordrhein-westfälischen CDU für die Landtagswahl am 14. Mai. Das Programm steht unter der Überschrift „Ein Vertrag für Nordrhein-Westfalen“. Darin kündigt die nordrhein-westfälische CDU eine Offensive zur Schaffung von Arbeitsplätzen durch eine gezielte Förderung des Mittelstandes, bessere Bildungschancen für alle, eine



Foto: Frank Ossenbrink

Trauer um einen guten Freund

Zum Tode von Oberbürgermeister Harry Blum erklärte der Landesvorsitzende der nordrhein-westfälischen CDU, Jürgen Rüttgers:

Ich traure um einen guten Freund. Wir haben zusammen gearbeitet, zusammen gelacht, zusammen gefeiert, zusammen Politik für die Menschen im Rheinland gemacht.

Harry Blum war immer für die Menschen in Köln da. Er hat sich um ihre kleinen und großen Sorgen gekümmert. In seiner viel zu kurzen Amtszeit

ist er zu einem der beliebtesten Oberbürgermeister in Köln und im Land geworden. Er hat die neue CDU im Westen verkörpert.

Harry Blum hatte noch viel vor. Viel zu früh hat er den Kampf gegen seine schwere Krankheit verloren.

In diesen Stunden beten wir für seine liebe Frau Carola und alle Angehörigen. Aber eins ist bei aller Trauer und Bestürzung auch wahr: „Niemals geht man so ganz, und etwas von Dir bleibt hier“ – in unseren Herzen.

bessere Förderung der Familie sowie mehr Sicherheit für die Menschen in Nordrhein-Westfalen an.

Mit überwältigender Mehrheit verabschiedete der Landesparteitag auch den Antrag des Landesvorstandes „Vorfahrt für den Bürger“. Der Generalsekretär der nordrhein-westfälischen CDU, Herbert Reul, sagte in der Begründung des Antrages, „der Antrag ist ein Signal des Aufbruchs und der Erneuerung. Wir wollen neue Impulse für eine aktive und subsidiäre Bürgergesellschaft geben und das Verhältnis zwischen Politik und Bürgern auf eine neue, tragfähige und moderne Grundlage stellen.“ Was politisch selbstbewusste und aktive Bürger selbst regeln könnten, dürfe nicht von Parteien okkupiert werden. Das müsse zurückgegeben werden. „Deshalb will die CDU die Möglichkeit der Bürgerinnen und Bürger zur direkten Mitwirkung auf Landesebene ausbauen“.

Parteieneinfluss begrenzen

Reul kündigte an, dass die CDU die Hürden für Volksbegehren senken werde, eine Volksinitiative als Vorstufe von Volksbe-

gehren einführen und auf kommunaler Ebene Bürgerbegehren inhaltlich ausweiten und erleichtern wolle. „Die Zurücknahme des Parteieneinflusses in öffentlichen Unternehmen ist unser Anliegen. Deshalb wollen wir die Zahl der Mandatsträger in solchen Gremien begrenzen und dafür sorgen, dass qualifizierte Dritte die freiwerdenden Stellen einnehmen“, sagte der Generalsekretär. Auch eine Direktwahl des Ministerpräsidenten wolle die CDU Nordrhein-Westfalen in Gesprächen mit den anderen Parteien prüfen.

Mit einem herausragenden Ergebnis von fast 97 Prozent nominierten in geheimer Wahl die Parteitagsdelegierten den CDU-Landesvorsitzenden Jürgen Rüttgers für das Amt des stellvertretenden Bundesvorsitzenden. Auch die Kandidaturen von Hildegard Müller und Hermann-Josef Arentz für das Präsidium der Bundespartei wurden vom Landesparteitag mit überwältigenden Mehrheiten unterstützt. Peter Hintze, Yvonne Kempen, Helmut Linsen und Laurenz Meyer sollen nach dem Willen der Parteitagsdelegierten die nordrhein-westfälische CDU im weiteren Vorstand der Bundespartei vertreten.

Ein schwarzer Tag für den Verbraucherschutz

Zur Entscheidung des Bundesrates vom 17. März, der Verordnung der Bundesregierung über die Aufhebung des Importverbotes für britisches Rindfleisch zuzustimmen, erklärte der Staatssekretär Josef Hecken im saarländischen Gesundheitsministerium:

Dieser Freitag ist ein schwarzer Freitag für den Verbraucherschutz. Die Bundesregierung hat aus blanker Angst vor der EU-Kommission wichtige Interessen der Verbraucher ohne Not geopfert. Nach wie vor sprechen alle sachlichen Gründe dafür, das Importverbot für britisches Rindfleisch aufrecht zu erhalten. Über 2.000 neue BSE-Verdachtsfälle pro Jahr sind ein alarmierender Befund. Deshalb kann hier keine Entwarnung gegeben werden. Alles spricht deshalb dafür, das Importverbot nicht aufzuheben. Wenn es die Bundesregierung trotzdem aus Angst vor einem EU-Vertragsverletzungsverfahren getan hat, so ist dies ein Verhalten, das die Belange des Verbraucherschutzes völlig außer Acht lässt.

Denn die im Gegenzug eingeführte nationale Kennzeichnungspflicht ist nur Augenwischerei. Eine nur nationale Kennzeichnungspflicht kann wegen der Umwege, die das Fleisch im Zeitalter offener Grenzen auf der Strecke zwischen dem Schlachthof und dem Tisch des Verbrauchers nimmt, keine wirksame Kontrolle garantieren. Deshalb hätte das Importverbot nur bei gleichzeitiger Einführung einer europaweiten, einheitlichen und kontrollierbaren Kennzeichnungspflicht aufgehoben werden dürfen. Dann hätte sich der Verbraucher auch wirklich zuverlässig über die Herkunft von Fleisch unterrichten

und dann eine autonome Entscheidung treffen können. So wird ihm mit der nationalen Kennzeichnung nur eine trügerische Sicherheit vorgegaukelt, die es in Wirklichkeit nicht gibt. Wir haben uns zusammen mit anderen der Aufhebung des Importverbotes widersetzt, aber im Bundesrat leider keine Mehrheit gegen die Bundesregierung gefunden.

Damit geben wir aber nicht auf, weil uns die Sache viel zu wichtig ist. Wir werden aber in enger Kooperation mit den heimischen Fleischerzeugern dafür sorgen, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher bei uns die Möglichkeit erhalten, beim Metzger verlässlich zu erfahren, woher das Fleisch stammt, das sie kaufen.

Generationenwechsel in Berlin. Bei der Wahl zum Vorsitz der Gruppe der Frauen hat sich die Landesvorsitzende der Frauen Union Baden-Württemberg, **Annette Widmann-Mauz**, erfolgreich durchgesetzt. In der geheimen Abstimmung ging es um die Nachfolge der langjährigen Vorsitzenden **Bärbel Sothmann**, die nicht mehr kandidierte. Mit ihrer Wahl zur Vorsitzenden ist Annette Widmann-Mauz zugleich Mitglied im neuen Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Neben **Maria Eichhorn** (Bayern) wurden **Ingrid Fischbach** (Nordrhein-Westfalen) und **Anke Eymer** (Schleswig-Holstein) zu den Stellvertreterinnen von Annette Widmann-Mauz gewählt.



Wir stellen uns der Diskussion

Frühjahrsputz für Rheinland-Pfalz

Nach den Erschütterungen der vergangenen Wochen muss die Union jetzt alles tun, um verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen. Die letzten Wochen waren bitter genug. Aber trotz aller Beben und Enttäuschungen blieb die Union als große Volkspartei der Mitte zusammen. Unsere Demokratie braucht die Union.

Natürlich müssen wir uns selbstkritisch fragen, was getan werden muss, damit vergleichbar schlimme Ereignisse in Zukunft nicht mehr zu befürchten sind.

Jetzt muss sich die Union auf den Weg machen, um neues Vertrauen zu gewinnen. Die Zeit ist gekommen, alle Kraft auf unsere wichtigste Aufgabe zu vereinen: kraftvoll unsere Oppositionsrolle einzunehmen und mit Nachdruck den Entscheidungen der rot-grünen Bundesregierung zu widersprechen, deren Politik unserem Land und den Menschen großen Schaden zufügt.

Unser Land braucht eine starke CDU, weil unser Land gerade heute eine starke Opposition braucht. Die Bundesregierung darf nicht länger im Windschatten des öffentlichen Desinteresses segeln. Wochenlang konnte sie sich davonstehlen. Niemand blickte auf den Kanzler und seine Regierung. Aber die Politik dieser Bundesregierung ist in dieser Zeit kein bisschen anders oder besser geworden – es hat nur kaum jemand darüber gesprochen.

Jetzt geht es darum, dass wir wieder das Sprachrohr der Menschen werden, die von der Bundesregierung und den sie tragenden Parteien enttäuscht wurden. Erst recht müssen wir denen Gehör verschaffen, die durch bundespolitische Entscheidungen einen schweren Schaden erlitten haben.

Das sind im großen und Ganzen die Kleinvertreuer: die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ohne Nutzung ihres Autos keine Möglichkeit haben, den Arbeitsplatz zu erreichen, die Rentnerinnen und Rentner, die Familien mit Kindern, die – wie junge Menschen in Ausbildung – unter der Energiepreisverteuerung besonders leiden und alle, die von der sogenannten Gesundheitsreform hart getroffen werden.

Die CDU muss nach vorne blicken

Unser Ziel ist es, im kommenden Jahr die Landesregierung abzulösen, weil sie inzwischen zum blanken Erfüllungsgehilfen

Gemeinsame Pressekonferenz des Landesvorsitzenden der CDU Rheinland-Pfalz, Christoph Böhr, und Generalsekretär Claudius Schlumberger

der rot-grünen Bundesregierung geworden ist. In wichtigen Bereichen fällt Rheinland-Pfalz zurück. Chancen werden nicht genutzt.

Mit der „Aktion Frühjahrsputz“ will die CDU in Rheinland-Pfalz in die Offensive gehen. Wir wollen auch in diesem Jahr hunderttausende Hausbesuche absolvieren. Gerade jetzt müssen wir das Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern suchen. Es geht darum, der Politik ein Gesicht zu geben, Ansprechpartner zu sein für die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger.

Längst hat die Wirtschaft gelernt, dass sie zu den Kunden hingehen muss, direkt vor Ort, um erfolgreich zu sein. Als Symbol

Zur Vorbereitung der Hausbesuche ...

Christoph Böhr „Reden wir darüber“



www.reden-wir-darueber.de

CDU

... der neue Türanhänger

für Gemeinsinn, als Zeichen dafür, dass die politischen Parteien als „Dienstleister“ für die Gemeinschaft da sind, will die CDU in Rheinland-Pfalz rund 500 Kinderspielplätze im Land für die kommende „Spielsaison“ fit machen.

Aktion Frühjahrsputz

Die „Aktion Frühjahrsputz“, die wir jetzt im Landesverband starten, ruht auf drei Säulen:

In den kommenden Wochen sollen in allen Orts- und Gemeindeverbänden Mitgliederversammlungen stattfinden, die sowohl der Diskussion über die Ereignisse der zurückliegenden Wochen, als auch dem Gespräch über die künftigen Perspektiven unserer Politik dienen. In diesen Mitgliederversammlungen wollen wir uns auch über die auf dem nächsten Bundesparteitag anstehende Personalentscheidung unterhalten.

Noch vor Ostern werden wir unsere „Von Tür zu Tür“ - Aktion starten. Gerade in der Kommunikationsgesellschaft ist das persönliche Gespräch besonders wichtig. Im Rahmen dieser Gespräche an der Haustür soll die Aufmerksamkeit wieder auf wichtige landes- wie bundespolitische Fragen gelenkt werden.

Schließlich haben wir uns vorgenommen, in allen Teilen des Landes Kinderspielplätze für die kommende „Spielsaison“ in Schuss zu bringen.

Die CDU in Rheinland-Pfalz ist der erste Landesverband, der nach der Krise der letzten Wochen jetzt in die politische Offensive geht. Die Regionalkonferenz in Kaiserslautern hat gezeigt, dass unsere Mitglieder jetzt auf ein Signal warten. Eine große Mehrheit will, dass die Partei wieder angriffsfähig wird.

Keine überstürzte und konzeptionslose Durchbrechung des Anwerbestopps

Die unvorbereiteten und unkoordinierten Pläne der Bundesregierung, die erste große staatlicherseits veranlaßte Zuwanderungswelle seit dem 1973 von der Regierung Schmidt beschlossenen Anwerbestopp zu organisieren, können nach den bisher bekannt gewordenen Rahmenbedingungen nicht gebilligt werden. Dies gilt insbesondere, weil die Pläne vorgelegt wurden:

- ohne hinreichende vorherige Klärung des tatsächlichen Fachkräftemangels und Zuwanderungsbedarfs,
- ohne sorgfältige Prüfung der Qualifizierbarkeit und Mobilisierbarkeit arbeitsloser IT-Spezialisten im Inland oder aus Ländern der Europäischen Union,
- ohne Rücksicht auf die kurz-, mittel- und langfristigen Berufsaussichten der gegenwärtig in der Ausbildung befindlichen jungen Menschen und der in Qualifizierungsmaßnahmen befindlichen Arbeitslosen und älteren Arbeitnehmer,
- ohne abgestimmtes Gesamtkonzept von Bund und Ländern zur Qualifizierung unserer Kinder für die Berufe der Zukunft,
- ohne die ausländer- und integrationspolitischen Folgen zu bedenken,
- ohne Berücksichtigung der Tatsache, dass gegenwärtig Ausländer gegen den Willen ihrer Arbeitgeber abgeschoben werden,
- an den bestehenden rechtlichen Grundlagen vorbei, aber
- ohne Befassung des deutschen Parlaments.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. eine derartig grundlegende Kursänderung der deutschen Ausländerpolitik nicht am Parlament vorbei zu beschließen. Neue Einwanderungstatbestände können – wenn überhaupt – für uns nur dann in Betracht kommen, wenn zuvor die bislang ungeordnete Zuwanderung begrenzt und unter Berücksichtigung der Interessen unseres Landes künftig gesteuert wird;

2. die deutsche Öffentlichkeit nicht über die unter dem Begriff „Green Card“ international verstandenen Rechtsfolgen (Daueraufenthaltsrecht, Dauerarbeitserlaubnis) und damit über die absehbare Dauer des

Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 21. März

Aufenthalts und seiner Rahmenbedingungen zu täuschen. Eine Befristung des Aufenthaltsrechts und der Arbeitserlaubnis wird sich als Illusion herausstellen. Die Bundesregierung unterliegt der verhängnisvollen Fehleinschätzung, dass nur Arbeitskräfte, nicht Menschen kämen. Aus der Gastarbeiterzuwanderung weiß man, dass die Menschen mit ihren Familien dauerhaft hier bleiben wollen.

3. die von den Anwerbeplänen betroffenen Menschen nicht nur als Faktor ökonomischen Bedarfs, sondern auf der Grundlage des Menschenbildes des Grundgesetzes als künftige Mitbürger mit eigenen Freiheits- und Teilhaberechten sowie in

Mit einem „typischen Schröder“ an die Pannen-Chronik des Vorjahrs angeknüpft

Anlässlich seines Besuchs auf der CEBIT am 23. Februar hat der Bundeskanzler ohne vorangegangene Ressortabstimmung eine tiefgreifende Kursänderung der von allen Bundesregierungen seit 1973 verfolgten Politik der Zuwanderungsbegrenzung verkündet. Die Ankündigung bedeutsamer politischer Weichenstellungen ohne Abwägung und Abstimmung der Rah-

menbedingungen, Nebenfolgen und Instrumentarien wird aus seiner eigenen Fraktion als „ein typischer Schröder“ bezeichnet.

Tatsächlich wird mit dieser Initiative auf den zentralen Politikfeldern der Ausländer- und Arbeitsmarktpolitik an die Vorjahres-Chronik konzeptioneller und operativer Pannen im Regierungshandeln angeknüpft.

ihren familiären, kulturellen und religiösen Bindungen wahrzunehmen;

4. die beabsichtigte Arbeitsmigration großen Stils nicht erneut ohne begleitendes Konzept über Aufenthaltsdauer und Integration zu veranlassen;

5. deutschen Arbeitsuchenden, insbesondere auch älteren, mit benachbarten Qualifizierungsprofilen eine realistische Chance zum Wechsel in die neu entstehenden Zukunftsberufe zu vermitteln und dafür Sorge zu tragen, dass die Beschäftigungsmöglichkeiten von arbeitslosen deutschen IT-Fachkräften, künftigen Studienabgängern und Absolventen der neuen Ausbildungsberufe nicht beeinträchtigt werden;

6. im Zuge einer gesamtstaatlichen Bildungsanstrengung die von der CDU/CSU-geführten Bundesregierung zur Schaffung zukunfts-trächtiger Berufsbilder im IT-Sektor eingeleiteten Maßnahmen fortzusetzen und auszubauen, die Länder bei der Stärkung der Informatik und der EDV-Ausstattung an den Schulen zu unterstützen und auf die Länder einzuwirken, im Hinblick auf den Arbeitskräftebedarf eine deutliche Erhöhung der Kapazität in den

Studienfächern Informatik und Wirtschaftsinformatik an den Universitäten und Fachhochschulen vorzusehen;

7. eine Analyse darüber anzustellen, ob in weiteren Berufszweigen und ggf. in welchem Umfang Fachkräftemangel besteht. Schon jetzt stellt sich heraus, dass eine Beschränkung des ausländischen Fachkräftebedarfs nur auf die IT-Branche eine Inselfösung darstellt, die als Präzedenzfall Forderungen weiterer Branchen nach sich zieht. Hierfür dürfen nicht erneut Ad hoc-Aktionen stattfinden. Die Bundesregierung muss schon jetzt durch rechtzeitige Initiativen zur Verbesserung der Ausbildungssituation beitragen;

8. zu beachten, welche Gründe dafür ausschlaggebend sind, dass trotz hoher Arbeitslosigkeit – von hochspezialisierten Fachkräften bis hin zu ungelerten Arbeitskräften – hunderttausende von offenen Stellen nicht mit hier arbeitslos gemeldeten Personen besetzt werden können;

9. Industrie, Verbände, Kammern und Arbeitsämter dazu zu gewinnen, junge und ältere Menschen in den IT-Technologien auszubilden und zu qualifizieren, um künftige Bedarfslücken auf dem IT-Arbeitsmarkt zu vermeiden.

Das neue Wohnortzuweisungsgesetz für Aussiedler wird befristet

Nach den Beratungen in den Bundestagsausschüssen zum Gesetzentwurf über die Festlegung eines vorläufigen Wohnortes für Spätaussiedler erklären die Aussiedlerbeauftragte der CSU/CSU-Bundestagsfraktion, Eva-Maria Kors, und der vertriebenenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hartmut Koschyk:

Das neue Gesetz über die Festlegung eines vorläufigen Wohnortes für Spätaussiedler wird auf Drängen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion befristet und nach dem 31. Dezember 2009 wieder außer Kraft treten. Das zur Zeit noch in Kraft befindliche Wohnortzuweisungsgesetz für Spätaussiedler war auf 11 Jahre begrenzt und wird am 15. Juli 2000 auslaufen. Die Bundesregierung hat deshalb einen Gesetzentwurf vorgelegt, der auch in Zukunft die gleichmäßige Verteilung der Spätaussiedler auf das Bundesgebiet und eine schlüsselige-

rechte Verteilung auf die einzelnen Bundesländer gewährleisten soll. Der vorliegende Gesetzentwurf der Bundesregierung wollte das Wohnortzuweisungsgesetz zunächst unbefristet verlängern.

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 4. Februar keine Einwendungen gegen den Gesetzentwurf erhoben. Bei den Beratungen im Innenausschuss hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ihre grundsätzliche Zustimmung erklärt. Bei der Güterabwägung zwischen der Notwendigkeit einer gleichmäßigen Verteilung der Spätaussiedler auf das Bundesgebiet einerseits und dem Recht auf Freizügigkeit andererseits haben die Vertreter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf eine Befristung des Gesetzes gedrängt. Eine Befristung ist angezeigt, da mit einer Abnahme der Spätaussiedler-Zuzugszahlen zu rechnen ist, wodurch das Erfordernis des Verteilungsverfahrens nicht mehr gegeben wäre.

Schröder verhindert IT-Ausbildung

Gleichzeitig mit seinem Vorstoss zur Einwanderung von IT-Fachleuten verschweigt Schröder, dass in seiner Amtszeit als Ministerpräsident an der Uni Hildesheim die Informatik-Fakultät geschlossen wurde. Fast 700 Studenten studierten damals dort und 85 legten im Jahr ihr Diplom in Informatik ab. Mit der Verordnung vom 18. Juni 1996 kam das Aus. Niedersachsen hatte 60 Milliarden DM an Schulden aufgetürmt. Die kompletten Studiengänge Informatik und Wirtschaftsthematik mit 64 Stellen fielen Sparmaßnahmen zum Opfer.

Veranstaltungs-Tips

4. April: „Welcher Weg für die CDU?“ Hearing in der Reihe „Wie geht's weiter mit den Parteien in Deutschland?“ mit u.a. Prof. Dr. Rudolf Korte, Uni Köln, Richard Hilmer, Infratest dimap, Prof. Dr. Jürgen Falter, Uni Mainz.

27. April „Welches Ethos in der Politik?“ Hearing in der Reihe „Wie geht's weiter mit den Parteien in Deutschland?“ mit u.a. Prof. Dr. Alfred Grosser, Paris

Tagungsort: Konrad-Adenauer-Stiftung, Tiergartenstraße 35, 10785 Berlin, 18.30 Uhr



● T-Shirt „Smilie“

Preis je Expl. 12,- DM

Bestellanschrift:

IS-Versandzentrum

Postfach 1465

59306 Ennigerloh

Fax: 0 25 24/91 13 10

e-mail: cdu-shop@

bertelsmann.de

Farbe weiß:

Bestell-Nr.:

9481	Grösse -S-
9482	Grösse -M-
9483	Grösse -L-
9484	Grösse -XL-
9485	Grösse -XXL-

Farbe schwarz:

Bestell-Nr.:

9443	Grösse -S-
9444	Grösse -M-
9445	Grösse -L-
9446	Grösse -XL-
9447	Grösse -XXL-

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 11 90
53348 RHEINBACH
PVSt, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.



● Windbreaker „Smilie“

Größe -S-	Bestell-Nr.:9459
Größe -M-	Bestell-Nr.:9460
Größe -L-	Bestell-Nr.:9461
Größe -XL-	Bestell-Nr.:9462
Größe -XXL-	Bestell-Nr.:9463

Preis je Expl.: 29,90 DM

U*i*D

10/2000

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (0228) 54 40, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 8 02-0, Telefax (02226) 8 02-111/333. **Vertrieb:** Tel. (02226) 8 02-123. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 60,- DM. **Einzelpreis** 1,60 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.